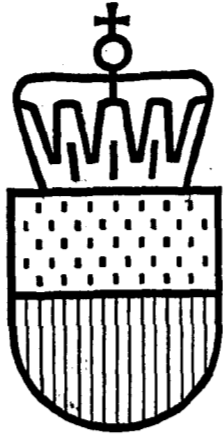


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz, Altenbachstrasse, Tel. (075) 2 21 43, Postcheckkonto IX 2988 St. Gallen. Redaktion: Vaduz, Commerzhaus, Telefon (075) 2 13 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan, Liechtenstein



Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 10 Rp. 25 Rp.
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Senwald 12 Rp. 27 Rp.
Schweiz 13 Rp. 29 Rp.
Uebrigens Ausland 15 Rp. 33 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 21 43
Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer
Annoncen AG. St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

AZ Vaduz - Mittwoch, 19. Februar 1964

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

98. Jahrgang — Nr. 27

Muss der Kampflärm nicht nachdenklich stimmen?

Eine Stimme zur Opposition gegen den Bau thermischer Kraftwerke. - Die Elektrizitätswirtschaft vor schweren Entscheidungen

Verfolgt man heute die Diskussionen, die in einzelnen Landesgegenden, wie etwa im sankt-gallischen Rheintal, im Kanton Aargau oder überhaupt an jedem Standort, wo ein thermisches Kraftwerk geplant ist, entbrannt sind, so scheint es, daß die Note des vergangenen Elektrizitätswinters völlig in Vergessenheit geraten sind. Der Friktalet Fluorkrieg hat in der Öffentlichkeit so etwas wie eine Kettenreaktion ausgelöst und einen Aufstand gegen die Technik erzeugt, der dem Bau von thermischen Kraftwerken, von Raffinerien und von Pipelines keineswegs förderlich ist. Verstandesargumente haben keine Zugkraft mehr, wo offenkundig das Unbehagen über ein verschwundenes Landschaftsparadies und über einen der Technik ausgelieferten Lebensstil manifestiert wird und nach einem Opfer sucht. Daß es sich hier um unberechenbare Gefühlsausbrüche handelt, zeigt sich auch darin, daß der Glaube an wissenschaftliche Gutachten, an behördliche Zusicherungen und Garantien für eine auf Mensch und Natur Rücksicht nehmende Betriebsführung stark ins Wanken gekommen ist. Von Teilnehmern an solchen Versammlungen hört man, daß eine sachliche Aufklärung sich als fast unmöglich erweise, daß Behörden und Werke einen äußerst schweren Stand hätten, um sich Gehör zu verschaffen, und daß man den Worten des Fachmannes mit größter Skepsis begegne. Mit einem Wort, es herrsche eine sehr gespannte Atmosphäre.

Angesichts solcher Stimmungsberichte von der Front der bis jetzt als Bauplätze in Aussicht genommenen Standorte muß alles getan werden, um ein weiteres Umsichgreifen einer solchen gefährlichen Opposition zu verhindern. Am erfolgreichsten ist wohl eine Darlegung des Sachverhaltes in der nicht direkt betroffenen Öffentlichkeit. Von ihr darf man am ehesten eine gerechte Abwägung der für die Allgemeinheit auf dem Spiele stehenden Interessen erwarten. Eine objektive Interessenabwägung hat ebensosehr die Frage der Luftverreinigung und der hohen Fabrikamine wie auch die Möglichkeiten zur Sicherstellung unseres Energiebedarfes zu prüfen. Dabei gilt es vor allem, gewisse Proportionen zu beachten und die Frage der Energieversorgung im Zusammenhang mit den Veränderungen des Landschaftsbildes, wie es die Industrialisierung und der Verkehr mit sich bringen, zu betrachten.

Auszugehen ist von der Tatsache, daß es um den Bau weniger thermischer Werke geht, die zur Sicherstellung unserer Energieversorgung in der Uebergangszeit sowohl vom Vorsteher des Eidgenössischen Energiewirtschaftsdepartementes, Bundesrat Spühler, wie von den für die Stromversorgung verantwortlichen großen Produktionswerken und von den Bundesbahnen als nötig erachtet werden. Leider ist es aber nicht so, daß für diese wenigen thermischen Anlagen der Standort beliebig gewählt werden kann. Vielmehr müssen diese Anlagen, die aus Kohle oder Öl Elektrizität erzeugen, die in das allgemeine Versorgungsnetz fließen soll, sich entweder in der Nähe einer Pipeline oder eines Transportmittels mit billigen Frachten befinden. In der Schweiz verfügt man aber nicht über viele Schifffahrtswege und Pipelines, was die Standortfrage stark beeinträchtigt.

Muß der Kampf gegen einige wenige thermische Werke — welcher Kampflärm wird erst gegen die Errichtung von eigentlichen Atomkraftwerken laut werden? — schließlich nicht sehr nachdenklich stimmen, wenn wir ihn mit der stillen Duldung einer immer mehr um sich greifenden Automobilisierung mit ihrem Verkehrslärm und ihrer Luftverreinigung in Dörfern und Städten und an den schönsten Aussichtspunkten des Landes vergleichen? Und ist es nicht merkwürdig, daß man thermische Werke zum Kuckuck wünscht, der zunehmenden Luftverschmutzung durch die individuelle Zentralheizung und Warmwasserzubereitung aber einfach freien Lauf läßt? Fürwahr, man scheint doch oft mit zwei Eilen zu messen, und im Kampf gegen thermische Werke werden viele Argumente vorgebracht, die einer näheren Prüfung nicht standhalten.

Zu diesem Ergebnis kommt man besonders, wenn nun zum Schluß auch noch der für die Beurteilung wichtigste Punkt der Energieversorgung und der hier bestehenden Ausweichmöglichkeiten auf andere Erzeugungsarten geprüft wird. Bis heute haben die schweizerischen Elektrizitätswerke die Bedarfsdeckung als undiskutierbaren Auftrag entgegengenommen. Sie haben deshalb alles in ihrer Macht Stehende unternommen, um den gesetzmäßig ansteigenden Verbrauch durch eine diesem womöglich noch etwas vorausseilende Produktion zu befriedigen. Es ist in der Schweiz von Notzeiten abgesehen, nicht üblich, den Elektrizitätskonsum zu reglementieren und etwa den Versuch zu unternehmen, den Luxuskonsum von lebenswichtigem Elektrizitätskonsum zu unterscheiden. Man hört im Zusammenhang mit der Diskussion des Baues thermischer Werke hin und wieder die irriige Behauptung, an der stürmischen Entwicklung des schweizerischen Elektrizitätsverbrauches trage die Industrie Schuld. Mit aller Deutlichkeit muß deshalb hier festgestellt werden, daß dem nicht so ist? In den letzten dreißig Jahren ist der Anteil der Industrie am Gesamt-Elektrizitätsverbrauch von 48 auf 42 Prozent gesunken, dafür ist in der gleichen Periode der Verbrauch von Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft viel schneller als der Industrieverbrauch angestiegen, und zwar ist der Anteil am Gesamtverbrauch von 34 auf 49 Prozent geklettert, so daß die Schweiz heute zu den Ländern mit dem höchsten Verbrauch pro Haushaltung gehört. Es ist deshalb eine ernste Frage, ob man den Elektrizitätswerken in den Arm fallen soll, wenn

sie in Erfüllung einer bisher als Auftrag betrachteten Konsumvermehrung an den Bau thermischer Werke — morgen von Atomkraftwerken — herantreten. Denn auch eine sehr expansive Gaswirtschaft vermöchte in den nächsten Jahren kaum in die Lücke zu springen, da sie heute erst 10 Prozent der von den Elektrizitätswerken erbrachten Leistung anzubieten vermag und auf die Wahlfreiheit des Konsumenten wohl auch in Zukunft nicht verzichtet werden soll. Bei der zu treffenden Entscheidung ist zu berücksichtigen, daß die Elektrizitätswerke für die Erfüllung ihres nationalen Auftrages gar keine andere Wahl haben, als entweder in der Uebergangszeit noch einige thermische Anlagen zu bauen oder den Schritt zum Bau von Atomkraftwerken sofort und ohne die Hilfe der noch nicht lieferbereiten schweizerischen Industrie zu machen. Zum letzteren Schritt sollte man sie ohne Not nicht zwingen, obwohl ausländische Firmen heute schlüsselfertige Atomkraftwerke offerieren und dieser Weg grundsätzlich nicht größere Risiken in sich schließt als die Zusammenarbeit mit der schweizerischen Industrie.

Bei der Kampfansage an die thermischen Werke in einigen Landesgegenden, vorwiegend in der Grenzzone, steht also einiges auf dem Spiel. Es geht nicht nur um die Interessen der Exportindustrie, die sich in der Elektrizitätsbranche und im Bau von Dampfturbinen Weltruf erworben hat. Noch mehr geht es darum, die Lieferfähigkeit mit elektrischem Strom unter allen Umständen sicherzustellen, und zwar in einem Land, das bisher zu den höchstelektrifizierten Ländern der Welt gehört — und das in einem Augenblick, in welchem die Automation in der Industrie, aber auch die Rationalisierungswünsche in Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft noch lange nicht als gesättigt betrachtet werden dürfen. Die Verhinderung des Baues einiger thermischer Werke — sollte sie Tatsache werden — von einer Bauart, wie sie im Ausland schon lange bestehen, müßte die schweizerische Elektrizitätswirtschaft vor schwierige Entscheidungen stellen. Die öffentliche Meinung kann zu dem im Rheintal und anderswo aufgeworfenen Fragen nicht einfach schweigen. Die Elektrizität ist längstens zu einer Existenzgrundlage des Landes geworden, was beim Entscheid über den Bau thermischer Kraftwerke als notwendige Ergänzung der hydraulischen Erzeugung Ausdruck finden muß.

F. W. in der «NZZ» (5. Febr. 64)

Die Aufhebung der Visumpflicht mit Paraguay

Der liechtensteinische Reisepass genügt zur Einreise nach Paraguay

(Mitg.) - Am 10. Januar dieses Jahres wurde zwischen der Schweiz und Paraguay folgendes Abkommen über die Aufhebung der Visumpflicht abgeschlossen, in welches auch die liechtensteinischen Staatsangehörigen mit einbezogen sind:

1. Schweizerische und liechtensteinische Staatsangehörige, die im Besitze eines gültigen

heimatlichen Passes sind, können ohne Visum in Paraguay einreisen, sich dort aufhalten oder durchreisen.

2. Paraguayanische Staatsangehörige, die im Besitze eines gültigen heimatlichen Passes sind, können ohne Visum in die Schweiz und in Liechtenstein einreisen, sich dort aufhalten oder durchreisen.

notiert und kommentiert...

Israel: Explosives Wasser

Wenn Israel in vermehrter Masse eine neue Heimat der heute über die ganze Erde zerstreuten Juden werden soll, wie die Absicht seit der Gründung des modernen Judenstaates besteht, dann müssen heutige Steppen- und Wüstengebiete urbar gemacht werden. Das bestehende, fruchtbare Land ist zu klein, um die noch erwarteten Millionen von Rückwanderern zu beherbergen und zu ernähren.

Für die israelischen Urbanisierungsprojekte bietet sich ein an sich idealer Raum an, dessen einziger Nachteil darin besteht, dass er über keinerlei Bewässerung verfügt: die Wüste Negev im südlichen Teil von Israel. Diese Wüste ist zu einem gewissen Teil nicht wegen der Struktur des Bodens oder mineralischen Zusammensetzung unfruchtbar, sondern würde ohne weiteres eine intensive landwirtschaftliche Nutzung erlauben, sobald ein hinreichendes Bewässerungssystem das kostbare Nass über die Wüstenfläche verteilt.

Woher aber könnte allenfalls dieses Wasser zugeführt werden? Das Tote Meer ist zu salz-

reich, um dafür in Betracht zu kommen. Das Mittelmeer ist ebenfalls ungeeignet. Wenn der Salzgehalt des Wassers aus dem Mittelmeer auch weniger hoch ist als derjenige des Toten Meeres, so gibt es doch in der Gegenwart noch keine billige und praktische Methode, um in genügender Menge Süßwasser aus dem Meerwasser zu gewinnen; noch immer sind die heute vorhandenen Methoden dieses Salzatzuges wirtschaftlich uninteressant. Somit bietet sich als einzige mögliche Wasserquelle der Flusslauf des Jordan an, der schon in biblischer Zeit für Palästina eine ungeheure Rolle gespielt hatte.

Im Jahre 1952 wurde deshalb im Auftrage einer UNO-Nebenorganisation ein Plan ausgearbeitet, wie das Bewässerungsproblem gelöst werden könnte. Der Plan musste aber im Jahre 1956 aus politischen Gründen wieder in den Schubladen versorgt werden. Die politischen Gründe, welche diesen Plan im Jahre 1956 verunmöglichten, sind heute immer noch vorhanden. Der «Johnston-Plan», wie dieses grosse UNO-Projekt genannt wurde, sah vor, die Jordanwasser zwischen den Uferstaaten des Jordan, nämlich Libanon, Syrien, Jordanien einerseits und Israel andererseits, in einem Verhältnis von 60% zu 40% zu Bewässerungszwecken aufzuteilen. Die Oberaufsicht sollte

einer unparteiischen UNO-Behörde übertragen werden, um möglichst Reibungsmöglichkeiten zwischen Israel und den arabischen Staaten auszuschliessen. Mit der UNO-Regelung konnte sich aber Israel nicht einverstanden erklären; und schliesslich erklärten sich innerhalb der Arabischen Liga auch die arabischen Uferstaaten zu Gegnern des «Johnston-Plans».

So kam es, dass das internationale Jordanwasser-Projekt fallen gelassen wurde. Darüber schlief aber das Interesse an einer Nutzbarmachung des Jordans nicht ein. Sowohl Israel wie auch Jordanien haben die Zeit nach 1956 emsig dafür genutzt, Untersuchungen zu machen und Pläne auszuarbeiten, um das kostbare Wasser des Jordans für ihre eigenen nationalen Wirtschaftspläne auszunutzen. Die Projekte Israels und Jordaniens gingen beide von der Annahme aus, dass ihnen das ganze Jordanwasser ungeteilt zur Verfügung stehe.

Inzwischen sind die Experten von Israel mit ihrem Projekt zu einem Ende gekommen. Israel will auf dem nordwestlichen Ufer des Tiberia-Sees das Jordanwasser abzapfen, es durch ein riesiges Kanalsystem in nordöstlicher Richtung der Länge nach durch das Staatsgebiet von Israel hindurchführen, um es in die Wüste Negev zu entleeren. Das Projekt ist ausführ-

Alemannen voran

Aus «Die Presse» (Wien, 13. 2. 1964)

c.g. - Hut ab vor den Kleinen! Vor Liechtenstein zum Beispiel. Ueber dieses Land berichten auch wohlinformierte Lexika nicht viel mehr, als dass es, obgleich Fürstentum, auf 158 qkm nur 16.628 Einwohner hat, dass die Hauptstadt Vaduz 3400 Einwohner und ein Schloss besitzt und dass eine generöse Regierung «Steuerbegünstigung für registrierte Unternehmen» gewährt, was ein reges Finanzleben zur Folge haben soll. Dieses 158-Quadratkilometer-Fürstentum also, auf dessen Hauptstadt jede österreichische Provinzstadt mit weltmännischer Verachtung glaubt herabzublicken zu können, hat nun beschlossen, dem Beispiel der USA folgend, ein freiwilliges, ziviles Friedenskorps aufzustellen und dieses dann in die Entwicklungsländer Afrikas und Asiens zu senden. Jene, denen an unserem kleinsten Nachbarland vor allem missfällt, dass es - wenn des Schreibers Erinnerung nicht trügt - seit 1866 in keinen Krieg mehr verwickelt war, werden auch den Ablauf zu dieser Initiative nur als Ausfluss jener ein wenig anrührenden kommerziellen Tüchtigkeit abtun, die man den Alemannen nachzusagen pflegt. Man hüte sich indes vor solcher Ueberheblichkeit: Das Unternehmen «Friedenskorps» wäre nicht das erste, mit dem die kleinen alemannischen «Hinterwälder» in Liechtenstein und anderswo den grössten europäischen Nachbarn das Nachsehen gegeben haben.

3. Paraguayanische Staatsangehörige, die beabsichtigen, sich länger als drei Monate in der Schweiz oder in Liechtenstein aufzuhalten oder dort eine Stelle anzutreten, haben vor ihrer Abreise bei den zuständigen schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretern ein Einreisevisum einzuholen.

4. Die von der Visumpflicht befreiten schweizerischen, liechtensteinischen und paraguayischen Staatsangehörigen, die sich in das Gebiet von Paraguay, der Schweiz und Liechtenstein begeben, bleiben hinsichtlich Einreise, Aufenthalt sowie Ausübung einer selbständigen oder unselbständigen Erwerbstätigkeit von Ausländern den geltenden Gesetzen und Verordnungen unterstellt.

5. Durch die Aufhebung des Einreisevisums besteht auch keine Verpflichtung mehr, ein Ausreisevisum einzuholen.

6. Die beiden vertragschliessenden Staaten verpflichten sich, Personen, die gemäss den Bestimmungen dieses Abkommens in das Gebiet

rungsreif und die entsprechenden Entschlüsse wurden in diesem Winter von Israel gefasst. Ueber die Zielstrebigkeit Israels ist man in Syrien und in Jordanien entsetzt. Auf der einen Seite ist man in allen interessierten arabischen Staaten gegen jedes israelische Bewässerungssystem eingestellt, weil man es um jeden Preis verhindern möchte, dass aus dem heute 2-Millionen-Volk Israel ein 3- oder 4-Millionen-Volk wird. Andererseits möchte man das nützliche Wasserreservoir für die eigene Nutzung sichern. Dieses Dilemma ist ein vollständiges. Nach der Veröffentlichung des definitiven Projektes von Israel, das in wenigen Jahren verwirklicht sein soll, sah man in Syrien und Jordanien für einige Wochen lang rot vor Wut.

Wir werden uns demnächst unter dieser Rubrik mit der Reaktion der arabischen Staatenwelt auf die Entschlossenheit Israels, auf das Jordanwasser zu greifen, ausführlicher auseinandersetzen und die explosive Situation, die durch Israels Vorpellen nun dort entstanden ist, eingehender kommentieren. Für heute nur so viel: das an sich prekäre Verhältnis zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn ist akut so explosiv geworden, dass mit einem erneuten Aufflackern des in juristischer Beziehung nie beendeten Krieges dort jederzeit zu rechnen ist. Luzius.